

Wilsdruffer Volksblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Volksblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Verordnungen und Beschlüsse, unter Auslassung aller sonstigen Nachrichten, werden in der Zeitungsdruckerei des Verlegers, Herrn Dr. Wilsdruff, in Wilsdruff, gedruckt. Die Druckerei ist für die Abnahme der Zeitungen und für die Lieferung der Zeitungen oder Klappung des Bezugspreises, Rücksendung eingekaufener Exemplare, nicht verantwortlich. Die Zeitungen werden nur, wenn Rückporto beiliegt, zugestellt.

Wilsdruff, am 18. Januar 1933. Nr. 15 — 92. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Volkhed: Dresden 2640. Mittwoch, den 18. Januar 1933.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 15 — 92. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Volkhed: Dresden 2640. Mittwoch, den 18. Januar 1933.

Frankreich in Finanznöten.

Wenn der alte General Montecucoli einstmalig mit Recht geäußert hat, zum Kriegsführen gehöre Geld, Geld und nochmals Geld, so gilt dieses richtige Wort auch für einen „Frieden“, der diesen Namen deswegen nicht so recht verdient, weil es sich dabei doch nur um die „Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln“ handelt. Wenn also Frankreich zwecks Aufrechterhaltung des in dem Pariser „Borotris-Frieden“ — Versailles, St. Germain, Neuilly — Erreichten die eigenen Kriegserfüllungen in ungeheurem Umfang verstärkt und dazu noch im Osten und Südosten Europas ein ganzes System ebenfalls bis an die Zähne gewappneter Bundesgenossen aufbaut, die die Last dieser Rüstung allein kaum oder gar nicht tragen können, kurz, wenn man die französische Hegemonie über den größten Teil des europäischen Kontinents sichern will, dann kostet dies alles einen gewaltigen Baufen Geld. Solch eine Prestigepolitik ist immer sehr kostspielig gewesen, namentlich aber dann, wenn sie nur mit den Mitteln brutaler Nachkriegsbesetzung durchgeführt wird; dann wachsen die Spannungen immer mehr an und so etwas zwingt dann dazu, unter Einwirkung auch immer größerer Mittel Explosionen unmöglich zu machen. Und einmal kommt doch der Tag, an dem diese Kräfte zu verlagern beginnen.

So ist denn Frankreich im Laufe des letzten Jahres endlich auch dahin gekommen, wo die anderen Staaten schon längst stehen: Sein Haushaltsdefizit weist einen sehr, sehr großen Reihbeitrag auf. Man hat ihn kommen sehen, tat aber nichts, um seine schnell wachsende Vergrößerung zu verhindern. Denn solch ein Defizit im Staatshaushalt ist wie ein Loch in mürber Erde: es wird sozusagen von ganz allein immer größer. Steuerzahlen ist an sich schon für niemanden eine angenehme Angelegenheit, für den sparsamen Franzosen ist es besonders unangenehm. Jetzt ist ihm durch den Finanzminister Chéron, den man für einen „starken Mann“ in diesen Dingen hält, ein Steuerbußgeld unter die Nase gehalten worden, das keineswegs angenehm ist, sondern einen überaus unangenehmen Geruch ausströmt. Ein ganzer Katalog von Steuererhöhungen und -verschärfungen ist ausgearbeitet, und zwar handelt es sich — nach altem französischem Steuerbrauch — dabei hauptsächlich um „Verkehrssteuern“, also um solche, die den Umsatz von Waren oder Geld treffen. Hierbei soll es auch zur Einführung ganz neuer Steuern kommen.

Doch hierin liegt noch der geringere Teil jener politischen Schwierigkeiten, die dem Kabinett Boncour und seinem Finanzminister aus dem Versuch erwachsen, das Loch im Haushalt zu stopfen. Man muß nämlich für diesen edlen Zweck auch bei den Staatsausgaben ganz gehobene Abstriche machen. Wenn man sich dabei mit einer Verklärung nur der tatsächlichen Ausgabeverhältnisse begnügen könnte, dann wäre es noch nicht so schlimm. Allerdings wagt sich Herr Chéron dabei sogar an das Allerheiligste, was es in Frankreichs staatlichem Leben gibt, also an den Haushaltsplan, die „nationale Verteidigung“. Der setzt sich äußerlich aus dem des Heeres, der Marine und der Luftfahrt zusammen; in Wirklichkeit decken aber Ausgaben militärischer Art auch in den Haushalten anderer Ressorts. Man gibt für solche Rechnungsmänder auch gern das Recht der „Übertragbarkeit“ bestimmter Posten, erreicht damit gleichzeitig auch noch, daß das Ausland schwer oder gar nicht feststellen kann, wie hoch in Wirklichkeit die militärischen Ausgaben sind.

Also will Herr Chéron bei den offiziellen Ausgaben für die Rüstung Abstriche machen, nicht allzuviel, doch ein bißchen. Im ganzen etwas mehr als hundert Millionen. Selbstverständlich, ohne daß dabei und dadurch die Stärke der Rüstung irgendwie verringert wird. Immerhin ist die Rechtsopposition schon auf dem Plan erschienen und macht heftige Anstrengungen, das gar nicht bedrohte Kapital zu retten. Das hat natürlich nicht zuletzt politische Hintergründe, obwohl kaum jemand dem Kabinett Boncour die unannehmbare Aufgabe abnehmen möchte, den Haushaltsplan zu sanieren; denn die vorgesehenen und notwendigen Abstriche bei den persönlichen Ausgaben macht bei den davon Betroffenen das übliche böse Blut. Denn es handelt sich dabei um — Gehaltskürzungen, und da die Beamten in Frankreich vielfach gewerkschaftlich organisiert sind, andererseits diese Gewerkschaften gerade zu den stärksten Stützen der Radikalsozialistischen Partei gehören, so hat sich Herr Chéron etwas in die Nesseln gefetzt, auch wenn die Gehaltskürzung nicht rein schematisch erfolgen soll, sondern progressiv entsprechend der Gehaltshöhe wächst.

Gefürzt werden sollen aber auch die Kriegserrenten. In der Bewilligung solcher Zahlungen ist man in Frankreich überaus freigebig gewesen, da man ja damit rechnete, daß „der Deutsche alles bezahlen“ werde. Damit ist's aber vorbei. Kriegserrenten z. B. bezogen ihre Rente ruhig weiter, auch wenn sie sich wieder verheiratet hatten. Auch bei den Pensionen „kam's nicht darauf an“. Wüßte wohl nicht, aber jetzt gähnt das breite und tiefe Loch des Fehlvertrages. Um die unwilligen Kriegserrenter zu beruhigen, ist Chéron auf die Idee gekommen, eine große Lotterie zu veranstalten, deren Ertrag dann den Kriegserrentern zueinführt werden soll — ein

Ein neues Ermächtigungsgesetz?

Neue Kompromißpläne.

Die Wünsche des Zentrums.

Die Reichsregierung ist am Dienstagnachmittag zu einer Beratung zusammengetreten, in der im besonderen handelspolitische und agrarpolitische Fragen auf der Tagesordnung standen. Außerdem stand eine Vorlage zur Debatte, die die Übernahme weiterer Bürgschaften für den Umbau von Wohnungen vorsieht.

Der Reichskanzler hat in der Kabinettsitzung naturgemäß auch über die Verhandlungen berichtet, die er in den letzten Tagen mit den Parteiführern hatte. Als letzter ist bei ihm der Führer des Zentrums, Prälat Dr. Kaas, erschienen, der, wie es heißt, nach wie vor die Forderungen des Zentrums vertreten hat, daß die Lösung der politischen Krise auf parlamentarischen Wege gesunden werden müsse, und daß ein autoritärer Kurs, wie er unter der Kanzlerschaft Papens eingeschlagen worden ist, nicht geübt werden dürfe.

Das Zentrum geht, wie in parlamentarischen Kreisen betont wird, darauf hinaus, für die Regierung Schleicher ein sogenanntes Ermächtigungsgesetz durchzubringen.

durch das der Reichstag für kürzere oder längere Zeit ausgeschaltet werden würde. Auch dem Reichskanzler von Schleicher soll eine abermalige Vertagung des Reichstages nicht unangenehm sein. Er würde dann eine kürzere Verschiebung dazu benutzen, um neue Verhandlungen wegen der Umbildung seiner Regierung zu führen, mit der er vor den Reichstag treten würde. Am liebsten wäre es ihm natürlich auch, wenn sich der Reichstag dazu verstehen könnte, in eine längere Vertagung zu willigen, und seiner Regierung ein Ermächtigungsgesetz zur Verfügung zu stellen, auf Grund dessen er dann sein Programm durchführen könnte.

Bei den kommenden politischen Entscheidungen werden, worauf wiederholt hingewiesen worden ist, die Nationalsozialisten ein ausschlaggebendes Wort mitzusprechen haben, denn von ihrem Verhalten im Kabinettsrat des Reichstages wird es abhängen, ob es zu einer Reichstagsitzung oder ob es zu einer Verschiebung der innenpolitischen Entscheidung kommen wird. Der Reichskanzler hat die Besprechungen mit den Nationalsozialisten noch nicht ausgenommen. Hitler ist am Dienstagabend in Berlin eingetroffen, nachdem er vorher in Weimar Station gemacht hatte. Von dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den Nationalsozialisten wird also im wesentlichen die Entwicklung der Innenpolitik in nächster Zeit abhängen. Es sind jedenfalls starke Bemühungen im Gange, dem drohenden Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag im Interesse des von der Wirtschaft dringend geforderten inneren Friedens auszuweichen. Ob diese Bemühungen allerdings Erfolg haben werden, steht noch dahin. Die nächsten Tage müssen jedenfalls eine Klärung der Lage bringen.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

In der Sitzung des Reichskabinetts, die sich bis in die späten Abendstunden des Dienstags erstreckte, befahte man sich eingehend mit finanztechnischen Fragen, wobei die Steuererhebungstechnik für das Haushaltsjahr 1933 eine besondere Rolle spielte. Die Absichten der Regierung gehen dahin, künftig eine einfachere Erhebungsweise anzuwenden. Im Verlauf der Sitzung wurden auch die weiteren Bürgschaften für Hausreparaturen, Wohnungsstellungen usw. bewilligt. Einschließlich der seinerzeit bereits bewilligten 50 Millionen Mark für ähnliche Zwecke beläuft sich der Gesamtbetrag für dieses Gebiet nunmehr auf rund 100 Millionen Mark. U. a. dürften künftig auch

Zuschüsse für die Teilung von Neubauwohnungen sowie für die Umwandlung von Geschäftsräumen in Wohnräume bewilligt werden. In der Sitzung nahm alsdann die Siedlungspolitik einen breiteren Raum ein, wobei es sich u. a. darum gehandelt haben dürfte, die Siedlungspolitik dem System des Volkstreuens anzupassen. Es darf nach wie vor als der entschiedene Wille des Kanzlers bezeichnet werden,

die Siedlung tatkräftig durchzuführen.

Die umfangreiche Tagesordnung der Kabinettsitzung dürfte sich ferner noch auf die deutsch-schwedischen Handelsvertragsverhandlungen erstrecken haben.

Gedanke übrigens, der auf die recht große Spieltheilnahme der Franzosen sehr glückselig spekuliert, aber doch immerhin ziemlich seltsam berührt.

Leicht hat es heute sein einziger Finanzminister mehr, und leuchtend wird Herr Chéron an seine Vorgänger zurückdenken, die souverän über Milliarden verfügen konnten.

Was wird der Vollstreckungsschutz bringen?

Vor der Veröffentlichung der Verordnung.

Der Reichspräsident empfing den Reichsminister der Justiz, Dr. Gurtner, zum Vortrag über die auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes geplanten Maßnahmen. Die Verordnung über den Vollstreckungsschutz wird am Mittwochabend im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Die Besprechungen beim Reichskanzler.

Wie an unterrichteter Stelle verlautet, lagen bisher keine weiteren Anmeldungen von Parteiführern bei dem Reichskanzler vor. Eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Prälaten Reich von der Bayerischen Volkspartei dürfte erfolgen, sobald leicht gelegentlich einer der nächsten Sitzungen von Reichstagsausschüssen oder des Plenums in Berlin ist. Eine Unterredung mit sozialdemokratischen Führern im Zuge der bisher geführten Verhandlungen des Reichskanzlers ist nicht vorgesehen.

Unterredung Hitler-Hugenberg.

Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, der von Weimar kommend in Berlin eintraf, wird, wie zuverlässig verlautet, von sich aus keine Unterredung mit dem Reichskanzler von Schleicher herbeiführen. Hitler hatte zunächst mit dem Führer der Deutschnationalen, Dr. Hugenberg, eine längere Unterredung. Diese war bereits seit langem vorgesehen und wurde lebhaft wegen der Wahl in Lippe verschoben. Wie ferner bekannt wird, sind alle Meldungen, die von einer Begegnung Hitlers mit Gregor Strasser in Weimar wissen wollten, absolut falsch. Strasser ist während der Gauführerversammlung der NSDAP überhaupt nicht in Weimar gewesen.

Aber die längere Unterredung zwischen Hitler und Hugenberg verlautet von beiden Seiten keinerlei Einzelheiten. Die Unterredung fand jedoch unabhängig von den Verhandlungen statt, die seit einer Reihe von Tagen der Reichskanzler von Schleicher mit dem doppelten Ziele einer Klärung der parlamentarischen Lage und einer Umbildung der Reichsregierung führt. Gerade was diese Bemühungen des Reichskanzlers angeht, so sind ihre Aussichten eigentlich schon durch die Tatsache hinreichend gekennzeichnet, daß Adolf Hitler von sich aus nicht die Initiative zu einer Besprechung mit dem General von Schleicher zu ergreifen gewillt ist, aber auch der Reichskanzler höchstwahrscheinlich nicht an Adolf Hitler herantreten wird. Naturnäglich wird Göring als Reichstagspräsident die Fühlung mit dem Reichskanzler aufnehmen.

Forderungen der Stunde.

Eine Rede des Abgeordneten Schmidt-Hannover.

Auf einer großen Reichsgründungsfeier, die vom Leipziger Stahlhelm veranstaltet war, sprach der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover. Er führte u. a. aus: Die bisherigen Leistungen der Reichsregierung geben nicht die Gewähr, daß sie die Wirtschaft und Staatskasse meistert. Sie steht in Gefahr, sich durch Verfristung in überhöhter Taktik, überküllte Schwelungen und unorganische Einzelmaßnahmen von der großen strategischen Marschrichtung ablenken zu lassen, die einer Konfliktregierung vorgezeichnet ist. Der Parlamentarismus fängt an, sich von seinen schweren Niederlagen zu erholen. Der Kampf der Berufsstände gegeneinander spitzt sich zu.

Wir fordern jetzt von der Regierung klare Entscheidung über Weg und Ziel. Der Staatsnotstand verdrängt keine Halbheiten. Es geht darum, daß eine Politik des nationalen Widerstandes durch eine große schwarzweiße Volksfront Antrieb und Rückhalt erhält.

Die zur Verwirklichung drängende Bestreitung Deutschlands von den widersinnigen Versäuer Rüstungsbeschränkungen fordert eine entschlossene, in sich einheitliche, mit den Kräften der vaterländischen Bewegung an der Spitze Reichsregierung. Das Parlament ist heute ein arbeitsunfähiger „Souverän“ des Volkes. Wahlen am laufenden Band werden es nicht arbeitsfähiger machen. Nur wer offenen Kampf mit ihm nicht scheut, wird die Möglichkeit zu wirtschaftlichem Aufbau und außenpolitischem Kampf erhalten. Das gewöhnliche Volk will Stetigkeit und Arbeit, will Beharrlichkeit und Führung. Es will, daß um der Zukunft willen die dunkle Gegenwart mit der großen leuchtenden Vergangenheit verknüpft wird.